

INFORMATIONEN AUS LAND UND KREIS

HERZLICHEN DANK FÜR IHRE UNTERSTÜTZUNG!



Die Bürgerinnen und Bürger im Wahlbezirk 403 (Rennekoven, Dyck, Sittard, Flothend, Caudébec-Ring) haben mich am 25. Mai 2014 erneut in den Nettetaler Stadtrat gewählt. Für dieses Vertrauen bedanke ich mich sehr herzlich. Ich bin über-

rascht über das Votum mit 58,91 Prozent der abgegebenen Stimmen. Danke dafür!

Ich werde mich weiterhin nicht nur für Ihre Belange einsetzen, sondern stehe Ihnen gerne auch für persönliche Kontakte zur Verfügung.

Ihr

Marcus Optendrenk

NRW WIRD SCHULDENBREMSE VERFEHLEN

Laut aktuellen Stellungnahmen des IW Köln und des RWI wird Nordrhein-Westfalen die Null-Verschuldung in 2020 verfehlen und die Schuldenbremse nicht einhalten. NRW-Finanzminister Walter-Borjans verweist auf den seiner Meinung nach immer noch nicht bewältigten Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen.

Der aktuelle Ifo-Geschäftsklimaindex für NRW sinkt zum dritten Mal in Folge auf nur noch 6,8 Punkte. Das hat nichts mit Strukturwandel zu tun; das ist

zurückzuführen auf eine deutliche Schwäche bzw. Unsicherheiten beim Export. Rot-Grün blockiert seit bald vier Jahren die erforderlichen strukturellen Reformen. Es fehlt an einer vorausschauenden und guten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Die Steuereinnahmen des Landes sind bis April 2014 um lediglich 3,1 Prozent gestiegen. Im Haushaltsplan 2014 rechnet der Finanzminister jedoch mit einem Wachstum von 5,2 Prozent gegenüber dem Ist. Allein das belegt, dass

Themen dieser Ausgabe:

Nein zum Fracking!	2
Leser des Stadtspiegels Viersen im Landtag	2
Berger zur Zukunft der Studentenwerke	2
Kriminalitätshochburg NRW	3
Kommunaler Wirtschaftswegebau	3
Qualität der schulischen Inklusion sichern	3
Entlastung für Schützenvereine	4
Starker Anstieg der kommunalen Kassenkredite	4
Rot-Grün verhindert Innovationen	4
Erprobung von „Body-Cams“ bei NRW-Polizei	5
Regionale Parkausweise für Handwerker	5
Phantasiezahlen beim Sozialen Wohnungsbau	5
Nachhaltigkeitsgarantie bei neuen Landesgesetzen	6
Beruf der PTA gefährdet	6

der Minister seine Planungen auf Luftschlösser baut und keinen ernsthaften Versuch unternimmt, die Schuldenbremse einzuhalten. Das ist unverantwortlich, ungerecht und unsozial.

NEIN ZUM FRACKING!

Die Gasgewinnung in der unkonventionellen Form des Frackings birgt viele Risiken. Dazu gehören vor allem Belastungen des Grund- und Trinkwassers, der hohe Flächenverbrauch und die Zerstörung von



Natur und Landschaft. Wir haben als Kreis Viersen, aber auch in Land und Bund einen breiten Konsens, dass Fracking in der heutigen Form viel zu gefährlich ist. Wir lehnen das nicht nur für Deutschland ab, sondern wehren uns

auch gegen jeden Frackingversuch in den benachbarten Niederlanden. Denn Grundwasserströme machen an den Grenzen bekanntlich nicht halt.

Alle Bürgerinnen und Bürger können bis zum 9. Juli Einspruch gegen die niederländischen Planungen einlegen. Das will die CDU unterstützen und erleichtern und stellt dazu ein entsprechendes Formular zur Verfügung.

Das Einspruchsformular zum Fracking in den Niederlanden ist ab sofort auf unserer Homepage www.cdu-kreisviersen.de abrufbar.

LESER DES STADTSPIEGELS VIERSEN IM LANDTAG

45 Leserinnen und Leser des Stadtspiegels Viersen besuchten auf Einladung von Marcus Optendrenk den Landtag. Sie verfolgten eine Plenardebatte unter anderem zum Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes und diskutierten anschließend mit Optendrenk und seinem Schwalmtaler

Kollegen Stefan Berger über aktuelle Fragen der Landespolitik.



BERGER ZUR ZUKUNFT DER STUDENTENWERKE



Nach Überzeugung der Studentenwerke wird das geplante Hochschulgesetz der rot-grünen Landesregierung zu einer weiteren Bevormundung sowie einer Einschränkung der Handlungsfreiheit der Studentenwerke führen.

Den Studierenden drohen steigende Kosten, da Rot-Grün neue Gremien einführt und bestehende Gremien vergrößert. Diese würden dann mit steigenden Semesterbeiträgen finanziert. Zudem würde mit der Schaffung einer Landespersonal-

rätekonzferenz neue Bürokratie entstehen. Dabei nimmt die Landesregierung eine sinkende Handlungsfähigkeit billigend in Kauf. Hier werden gewerkschaftliche Klientelinteressen zu Lasten der Qualität und Effizienz bedient.

Die wirklich anstehenden Zukunftsfragen werden hingegen nicht gelöst: Wie kann die Finanzierung der Studentenwerke zukünftig gesichert werden? Wie können Studentenwerke ausreichend Fachpersonal gewinnen? Welche regionalen Zuschnitte der Studentenwerke sind heute noch zeitgemäß? Darauf gibt das „Murks-Gesetz“ keine Antworten.

KRIMINALITÄTSHOCHBURG NORDRHEIN-WESTFALEN



Foto: Guido Grochowski

Bereits zum vierten Mal in Folge wurde in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr weniger als die Hälfte aller Straftaten aufgeklärt. Mit lediglich 48,9 Prozent weist NRW im Bundesvergleich die schlechteste Aufklärungsquote aller Flächenländer auf. Pro Einwohner werden hierzulande inzwischen fast 40 Prozent mehr Straftaten begangen als beispielsweise in Bayern. In der Amtszeit von In-

nenminister Jäger hat sich unser Land zur Kriminalitätshochburg Nummer 1 in Deutschland entwickelt.

Die CDU-Fraktion hat die Landesregierung bereits vor Wochen aufgefordert, endlich für eine aufgabengerechte Personalausstattung bei der Kripo zu sorgen. Es kann nicht sein, dass unsere Ermittler mit dem gleichen Personalbestand wie vor zwanzig Jahren auskommen müssen, obwohl das jährlich zu bearbeitende Fallaufkommen im gleichen Zeitraum um 200.000 gestiegen ist. Minister Jäger muss deshalb spürbare Personalverschiebungen innerhalb der Polizei vornehmen.

KOMMUNALER WIRTSCHAFTSWEGBAU

Eine gut funktionierende Infrastruktur ist wesentlich für das wirtschaftliche Wachstum einer Region und die langfristige Sicherung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes NRW. In den Kommunen ergänzen ländliche Wege das Netz der ländlichen Straßen und haben für die Erschließung der land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen eine hohe Bedeutung.

Zwar verfügen die Städte und Gemeinden in ihren Außenbereichen über ausgedehnte Netze von ländlichen Wegen unterschiedlicher Qualität und Funktion, jedoch stoßen die Kommunen für den Unterhalt und Ausbau dieser Infrastruktur an ihre finanziellen Grenzen. Allein im Bereich der kommunalen Haushalte beziffert das Deutsche Institut für Urbanistik den Investitionsbedarf im Infrastruktursektor bis zum Jahr 2020 auf 700 Milliarden Euro.

Daher fordert die CDU-Landtagsfraktion ein Konzept für den kommunalen Wegebau, das Bedarf und Finanzierbarkeit in Einklang bringt und zudem Voraussetzungen dafür schafft, dies mit Mitteln aus dem europäischen ELER-Fonds zu bewerkstelligen.

QUALITÄT DER SCHULISCHEN INKLUSION SICHERN

Die schlimmsten Befürchtungen werden wahr: Für Frau Löhrmann liegt der Erfolg der Inklusion offensichtlich allein in der Quantität, in der bloßen Anzahl von Kindern und Jugendlichen im gemeinsamen Unterricht. Anders lässt sich die Deutung des jetzt vorgestellten „Statistik-Telegramms“ für das Schuljahr 2013/14 durch die Schulministerin nicht bewerten. Gelingende Inklusion lässt sich aber nicht an Zahlen, sondern nur an der Qualität des Umsetzungsprozesses messen.



Es hat nichts mit gelingender Inklusion zu tun, wenn die Schulen mit ihren Lehrerinnen und Lehrern unvorbereitet sind, weil es zu wenige Fortbildungen gibt, wenn die unabhängige Beratung der Eltern nicht gewährleistet ist, wenn die Begleitung durch Sonderpädagogen fehlt. Frau Löhrmann nimmt die vielen Beschwerden landauf landab nicht zur Kenntnis. Dieser Landesregierung kommt es in der Bildung nur auf Zahlen und Quoten an. Die Qualität und die Kinder bleiben auf der Strecke.

ENTLASTUNG FÜR SCHÜTZENVEREINE



Foto: Bea Busse

Wir freuen uns, dass sich der starke politische Druck – nicht zuletzt von unserem Abgeordnetenkollegen aus dem Bundestag, Uwe Schummer – für die heimischen Schützenvereine ausgezahlt hat: Die GEMA hat einem neuen Berechnungsmodell für Brauchtumsveranstaltungen zugestimmt. Dadurch reduzieren sich die gesamten GEMA-Gebühren für Schützenvereine um

etwa 33 Prozent. Die Faustformel für die Berechnung lautet „Quadratmeter x Eintrittsgeld x 0,0667“. Von der so ermittelten GEMA-Gebühr gehen für die Mitgliedsbruderschaften des Bundes noch 20 Prozent Rahmenvertragsnachlass und davon noch einmal 15 Prozent Nachlass für Brauchtumsveranstaltungen ab.

Der Bund der Historischen Deutschen Schützenbruderschaften gibt unter www.bund-bruderschaften.de weitere Informationen zum neuen Gebührensystem.

STARKER ANSTIEG DER KOMMUNALEN KASSENKREDITE

Nicht nur die Gesamtverschuldung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen in Höhe von fast 60 Milliarden Euro, sondern auch der flächendeckende Anstieg der Kassenkredite im Land ist alarmierend und zeigt, dass die rot-grüne Landesregierung kein Rezept gegen das kommunale Verschuldungsproblem hat. Entgegen dem positiven Bundestrend steigen die Kassenkredite in NRW um mehr als 1,5 Milliarden Euro auf 25,3 Milliarden Euro. Das ist mehr als die Hälfte aller bundesweiten kommunalen Kassenkredite. Allein die zehn am höchsten verschuldeten NRW-Kommunen halten Kassenkredite von mehr als 12,5 Milliarden Euro und damit einem Viertel aller Kassenkredite im Bund.

Selbst die vom Land unterstützten 61 Stärkungspaktkommunen haben die Summe der Kassenkredite um eine halbe Milliarde Euro auf mittlerweile 15,5 Milliarden Euro erhöht. Auch außerhalb des Stärkungspakts wächst die kommunale Not: Die 113 Nothaushalts- und Haushaltssicherungskommunen, die keine Unterstützung vom Land erhalten, haben die Kassenkredite binnen eines Jahres um 10 Prozent auf mehr als 5 Milliarden Euro angewachsen lassen.



Foto: Gina Sanders

ROT-GRÜN VERHINDERT INNOVATIONEN

Die rot-grüne Landesregierung blockiert seit vier Jahren Strukturreformen und verhindert Innovationen in unserem Land: Sie will den newPark nicht fördern, hat aber auch keine Alternative. Sie gibt nur neun Millionen Euro für den Breitbandausbau, Bayern investiert dagegen 400 Millio-



nen Euro jährlich. Durch das Hochschulentscheidungsrecht wird die Investitionsbereitschaft der nordrhein-westfälischen Unternehmen in Forschung und Entwicklung weiter eingeschränkt. Dabei liegen wir schon heute 41 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Zum Vergleich: Baden-Württemberg liegt 27 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Dank Rot-Grün wird NRW immer mehr von der positiven Entwicklung in Deutschland abgehängt.

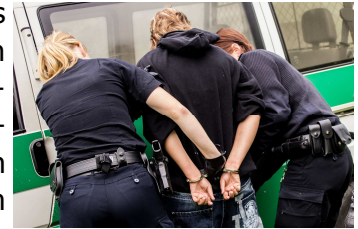
ERPROBUNG VON „BODY-CAMS“ BEI NRW-POLIZEI

In NRW wird laut Gewerkschaft der Polizei inzwischen alle 50 Minuten ein Polizist Opfer eines Angriffs. Aus diesem Grund macht sich die CDU-Landtagsfraktion für den Einsatz von Mini-Schulter-Kameras – sogenannter „Body-Cams“ – bei der Polizei stark. Mit diesem wegweisenden Einsatzmittel kann die steigende Zahl von Übergriffen auf unsere Polizei nachweislich gesenkt werden.

Laut Medienberichten werden Testläufe mit Mini-Kameras inzwischen von allen Polizeigewerkschaften in NRW gefordert. Es ist deshalb höchste Zeit, dass Innenminister Jäger den Einsatz dieser Kameras bei der Polizei ermöglicht. Dabei müssen die ideologisch motivierten Bedenken der

Grünen, die den Body-Cam-Einsatz ablehnen, ohne Wenn und Aber hinter dem Schutz der Gesundheit unserer Polizeikräfte zurückstehen.

Dass Body-Cams einen beachtlichen Abschreckungseffekt haben, belegen Erfahrungen aus Frankfurt am Main. Dort werden Body-Cams seit einem Jahr erfolgreich getestet. Die Zahl der Angriffe auf Polizeibeamte hat sich infolge der Kameras binnen eines halben Jahres um 26 Prozent verringert. Die Zahl der verletzten Polizisten ist sogar auf null gesunken.



REGIONALE PARKAUSWEISE FÜR HANDWERKER

Handwerker sollen weiterhin die Möglichkeit für regionale Parkausweise haben. Ein



Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf erklärt die seit 2005

durchgeführte Praxis für rechtswidrig, wonach Handwerkerparkausweise ausgestellt werden, die über kommunale Grenzen hinweg für die ganze Region gelten. Die

Richter bemängeln, dass eine klare Verordnung dazu fehle. In Zukunft müssen Handwerker also für jede Kommune separate Parkausweise beantragen und bezahlen.

Deshalb muss die Landesregierung schnell Abhilfe schaffen und mit einer entsprechenden Verordnung für Rechtssicherheit sorgen. Ansonsten kommen auf die Handwerker in NRW erhebliche finanzielle und bürokratische Belastungen zu.

PHANTASIEZAHLEN BEIM SOZIALEN WOHNUNGSBAU

Seit SPD und Grüne in NRW regieren, befindet sich die soziale Wohnraumförderung im kontinuierlichen Sinkflug. Zum Vergleich: 2010 wurden unter der damaligen CDU-Landesregierung knapp über eine Milliarde Euro für das Wohnraumförderungsprogramm zur Verfügung gestellt und auch tatsächlich verbaut. Von dem Fördervolumen von 800 Millionen Euro im Jahr 2013 wurden nur noch knapp über 500 Millionen Euro verbaut.

Im Wahlkampf hat Frau Kraft verkündet, dass von 2014 bis 2017 insgesamt 3,2

Milliarden Euro in den Sozialen Wohnungsbau fließen würden. Das entspricht nicht den Tatsachen: Weil die Förderkonditionen

nicht stimmen, wird dieses Geld niemals vollständig verbaut werden können. Legt man die Zahlen von 2013 zugrunde, wird es mindestens eine Milliarde weniger sein, die tatsächlich in den Sozialen Wohnungsbau fließt.



NACHHALTIGKEITSGARANTIE FÜR NEUE LANDESGESETZE

Der demografische Wandel stellt unsere Gesellschaft zunehmend vor große Herausforderungen. Der geburtenstärkste Jahrgang wird in diesem Jahr 50. In wenigen Jahren geht diese Generation in Rente.

Um sich den Herausforderungen des demografischen Wandels aktiv zu stellen und schon heute die richtigen Weichen zu stellen, fordert die CDU-Landtagsfraktion einen Demografie-Check als politische und parlamentarische Selbstverpflichtung. Alle neuen Gesetzesvorhaben sollen zukünftig auf ihre Demografieverträglichkeit und Nachhaltigkeit hin überprüft werden. Die Ergebnisse sollen in die Begründung des Gesetzentwurfs aufgenommen werden. So

bieten sie den politischen Entscheidungsträgern eine wichtige Grundlage, wenn es im Parlament zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage kommt.

Die CDU-Landtagsfraktion hat einen entsprechenden Antrag für die Einführung von Demografie-Checks in den Landtag eingebracht. Obwohl die Große Koalition im Bund in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt, einen solchen Demografie-Check für den Bund einzuführen, wurde der CDU-Antrag im Landtag mit der Mehrheit von SPD und Grünen abgelehnt.



BERUF DER PTA GEFÄHRDET

Innerhalb eines Jahres hat sich die Zahl der Auszubildenden zu Pharmazeutisch-



Technischen Assistenten (PTA) nahezu halbiert. Ursache für den dramatischen Rückgang ist die Streichung der Landeszuschüsse zu den Ausbildungskosten. Bis zum Sommer vergangenen Jahres hatte die Landesregierung die Schulkosten von

bis zu 370 Euro im Monat mit 73 Euro bezuschusst. Diese Förderung wurde vollständig gestrichen; die Kosten müssen

nun komplett von den Schülerinnen und Schülern selbst getragen werden.

Vor allem für Schüler aus sozial schwächeren Schichten ist es nun unmöglich, eine Ausbildung zur PTA aufzunehmen. Derzeit arbeiten mehr PTAs in den Apotheken als Apothekerinnen und Apotheker. Eine rückläufige Ausbildung wird bald zu einem massiven Fachkräftemangel in diesem Bereich führen. Dadurch könnte die flächendeckende Versorgung mit Medikamenten schon bald gefährdet sein. Die Kürzung hat zudem dazu geführt, dass erste PTA-Schulen bereits schließen mussten.

Dr. Marcus Optendrenk MdL
CDU-Kreisverband Viersen
Goetersstraße 54
41747 Viersen

Telefon 02162 - 29011
Telefax 02162 - 18989

marcus.optendrenk@landtag.nrw.de
www.marcus-optendrenk.de

Dr. Stefan Berger MdL
CDU-Kreisverband Viersen
Goetersstraße 54
41747 Viersen

Telefon 02162 - 29011
Telefax 02162 - 18989

stefan.berger@landtag.nrw.de
www.stefan-berger.de